

Die Zeitschrift

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zeitschrift“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich. Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabestr. 2-5. Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Summe liebe zum Ganzen und laßt Du selber dein Ganzes werden. Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an.

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einlösend. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Rationalisierungsbestrebungen in der feinkeramischen Industrie.

Die feinkeramische Industrie Deutschlands ist auch bestrebt, ihre Betriebe zu rationalisieren, teils treibt die Konkurrenz, teils lockt aber auch der daraus resultierende höhere Profit. Mit der Rationalisierung ist auch der Zukunft besser Rechnung getragen, und man kann sagen, die Werke, die sich jetzt zeitlich verbessern und umstellen, bauen vor.

Die Rationalisierung ist ein für die deutsche Wirtschaft langjähriger Vorgang und darf nicht auf einzelne Betriebe der feinkeramischen Industrie beschränkt bleiben, sondern muß sich auf alle wirtschaftlichen Funktionen ausdehnen, wenn die Gesamtwirtschaft einen Gewinn davon haben soll. Aber soweit sind wir in Deutschland noch nicht. Von einer Rationalisierung der Wirtschaft kann die Rede noch nicht sein, lediglich eine Anzahl Betriebe der Industrie, des Bergbaues, des Verkehrs haben rationalisiert oder beginnen damit.

Unter Rationalisierung versteht man, den Produktionsgang vom Rohstoff bis zum Abgeben so zu gestalten, daß mit dem geringsten Zeit- und Geldaufwand die Höchstsumme von Erzeugnissen hergestellt wird.

Das Vorbild der Rationalisierung ist Amerika. Dieses große Land besitzt eine Anzahl Betriebe, die ihre Fabrikationsmethoden mit Hilfe der Technik so vervollkommen haben, daß infolge dieses Fortschritts billig erzeugen können und großen Gewinn haben. Als ein gut rationalisierter Betrieb gelten die Werke des Amerikaners Ford. Er hat schon mehrmals, wenn der Absatz seiner Automobile stockte, mittels Rationalisierung der gesamten zum Automobilbau gehörigen Produktionsweise seine Produktionsmenge gesteigert und die Preise immer mehr der Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung angepaßt. Die Preisherabsetzung hatte auch stets eine erhebliche Absatzsteigerung zur Folge, und der Verdienst wurde nicht geringer.

Der Geschäftsmann Ford hatte klugen Erfolg damit.

Mit der Rationalisierung eines Betriebes von der Rohstoffgewinnung bis zum Absatz, also über den eigentlichen Fabrikationsbetrieb hinausreichende Funktionen, ist gewöhnlich auch die sogenannte Fleißarbeit im Werk selbst verbunden. Die Fleißarbeit bedeutet, wie schon der Name erkennen läßt, daß alle Arbeitsvorgänge an einem Produkt innerhalb eines Betriebes geregelt werden, daß sie ineinanderfließen. Bildlich läßt sich das darstellen, daß ein Gegenstand vom Beginn seines Entstehens bis zu seinem Versand von einer Hand in die andere fließt.

Wenn man sich die Rationalisierung auf eine Porzellan- oder Steingutfabrik übertragen vorstellt, so müßte ein solches Werk den hauptsächlichsten Rohstoff in unmittelbarer Nähe gewinnen, verschlammten, in der Malmühle sofort verarbeiten, Masse und Schlicker würden ohne jede Lagerung von Drehern, Drehern und Formern verarbeitet, deren Artikel kämen dann ohne Aufenthalt weiter in die verarbeitenden Hände, durch Trockenraum, Tunnelöfen, ohne Lagerung, alle Arbeitsvorgänge durch Transporteinrichtungen unterstützt, in die Sortiererei, Malerei, Druckererei, Schmelze, Baderei, auf billigen Wasserweg zu den Abfallstellen der Kongerne und von da an die Kunden.

Wer gegenwärtig in der Porzellan- und Steingutindustrie nachhaken will, wird finden, daß in den Fabriken die Arbeitsvorgänge noch lange nicht so ohne Unterbrechung ineinanderfließen, wie es bei einer durchgeführten Rationalisierung der Fall wäre. Aber doch versuchen eine Anzahl der fortschrittlichsten Werke, die Arbeitsvorgänge rascher ineinanderfließen zu lassen, einmal, weil die Produktion dadurch billiger wird, und zum anderen, weil die Stunden schneller befriedigt sein wollen und nicht lange warten, bis das Porzellan oder Steingut seinen mehrschichtigen Weg in der Fabrik von dem Datum der Bestellung bis zur Lieferung durchlaufen hat. In unserer raschlebigen Zeit werden eben andere Anforderungen gestellt als vor zwanzig Jahren. Und Ware auf Lager herstellen zu lassen, ohne daß Bestellung vorliegt, ist zu teuer und mit zu großem Risiko verbunden.

Aus diesen und auch noch anderen Gründen heraus suchen die Porzellan- und Steingutindustriellen nach Wegen, um die noch vorhandenen Hindernisse und Mängel zu beseitigen.

Eine Fabrik der Steingutindustrie, und zwar die Steingutfabrik Goldig A. G. in Goldig hat ja im wesentlichen ihren Betrieb den Anforderungen der Neuzeit angepaßt und teilweise rationalisiert. Sie hängt mit ihrer Schlemmerei durch eine Drahtseilbahn mit einer Kaolingrube zusammen. Auch Masse und Schlicker sind so geartet, daß selbst Ungerelerte ohne Berufskentnisse damit brauchbare Ware herzustellen vermögen, ohne daß Defekt entsteht. Und auch sonst sind die Arbeitsvorgänge so aneinandergereiht, daß längere Unterbrechungen möglichst vermieden werden. Eine Teilrationalisierung ist in diesem Betrieb schon vorhanden. Gegenwärtig baut die Firma je ein neues Werk in Belgern an der Elbe und will sich damit die billigere Wasserfracht zunutze machen.

In ein oder zwei großen Kongernwerken der elektrotechnischen Industrie ist der Arbeitsvorgang dadurch beschleunigt, daß Trockenanlagen eingerichtet wurden, wodurch das wochenlange Lufttrocknen der Artikel auf einige Tage vermindert wurde. Die Spanne zwischen Bestellung und Lieferung ist dadurch wesentlich verringert, und die an bestimmte Fristen gebundenen Lieferungen können ohne besondere Aufwendungen (Ueberstunden) und ohne Verzögerung zur Zufriedenheit der Kunden ausgeführt werden.

Ferner sind Bestrebungen im Gange, aus deutschem Rohmaterial eine Art Normalmasse herzustellen, die sich nicht nur gut verarbeiten läßt, sondern vor allem Defekte vermeidet.

Eine weitere Vorbedingung zur Durchführung einer Rationalisierung der deutschen Porzellan- und Steingutindustrie ist die Einführung brauchbarer Tunnelöfen, damit nicht wie bisher die Verkohlung der Kohle und die hohen Brennkosten bleiben. Der größte Teil des Brennwertes der Kohle und die damit verbundene Wärme gehen beim Rundofen verloren. Das kann nicht beibehalten werden; denn größtmögliche Verringerung der Produktionskosten auf das niedrigste Maß ist ja der mit der Rationalisierung verbundene Zweck.

Eine Art Rationalisierung ist also auch bei uns in Deutschland im Gange und wird von den Fabriken für Massenproduktion kaum zu umgehen sein. Leider wirkt sie sich in Deutschland nicht so aus wie in Amerika.

Unsere feinkeramische Industrie sieht zum Teil schon ein, wo die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile für sie liegen. Wenigstens lassen die paar Hinweise diese Richtung erkennen. Die Teilrationalisierung unserer Massenartikelabriken hat eingeleitet. Wenn sie durchgeführt sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Eine Anzahl Hindernisse müssen dabei noch überwunden werden, und das amerikanische Tempo wird kaum eingehalten werden können. Mit all den Änderungen müßte auch eine andere Behandlung und Bezahlung der Arbeiterschaft verbunden sein, sonst ist der mit den neueren Umstellungen verbundene Fortschritt nur einer halber Erfolg für Industrie und Wirtschaft.

Für die Arbeiterschaft unserer Industrie bringt die Rationalisierung nicht die Vorteile wie für die Unternehmer. Das ist das Verhängnis an der Sache. Verringerung der Beschäftigtenzahl, Verdrängung der billigeren weiblichen Arbeitskraft, Erhöhung der Preise, Nachteiligerer Lohnausfall der Arbeiterschaft sind die damit verbundenen großen Nachteile.

In Amerika nimmt wenigstens die arbeitende Bevölkerung an den Vorteilen der Rationalisierung teil. Sie hat eine bedeutend höhere Kaufkraft und ist in der Lage, die Massengüter zu konsumieren und die Wirtschaft in Gang zu halten. In Deutschland dagegen wird die Kaufkraft der Bevölkerung unberücksichtigt gelassen. Die Preise werden der Kaufkraft gar nicht angepaßt. Die Profitgier gebietet: Festhalten an hohen Preisen, Schabloshalten an den Löhnen (der Kaufkraft), Verwendung öffentlicher Gelder zur Unterstützung der Opfer verkehrter Wirtschaftspolitik.

Diesen Weg halten auch die feinkeramischen Industriellen ein. Das Einsehen wird auch bei ihnen erst kommen, wenn es schließlich zu spät ist. Diese Art Rationalisierung bringt der Volkswirtschaft keinen Gewinn.

imente, die selbst unsere europäischen Begriffe verwirren. Ich sah bei Weller eine Erzeugung von zirka 5000 verschiedenen Luxusmodellen, die, man höre und staune, von zwei Modellierern, einer aus Deutschland und einer aus Böhmen, in einem Zeitraum von zwanzig Jahren geschaffen wurden.

Sanitäre Ware, Klosetts, Waschtische, Badewannen fertigen dreißigtausend Fabriken. In der künstlerischen Höhe der Erzeugnisse sei uns Amerika weit vorausgeeilt, schreibt Dr. Bollner. Fortbentechnik, Dekore, alles erfüllt von einem Geist hohen künstlerischen Könnens und technischen Verständnisses.

Die Arbeiter, Meister, Modelleure kamen vielfach aus Deutschland, der Tschechoslowakei oder aus England. Ueber die Arbeitsmethoden für Keramik führt der Verfasser an, daß sie teilweise stark amerikanisiert sind, vielleicht zu stark mechanisiert; fortlaufende Wänder beim Drehen, in Druckererei, Glasiererei, stärkste Arbeitsteilung. Auffallend sei es, daß Chinafabriken mit acht Öfen (90 Kubikmeter Inhalt je Ofen) nur 200 bis 300 Arbeiter hätten. Die Leistung beim Drehen sei 200 bis 300 Duzend am Tag, beim Becherdrehen 250 bis 300 Duzend. Auch sonst Leistungsangaben von ungeahnter Höhe. Erfreulich wäre es gewesen, wenn Dr. Bollner in diesem Zusammenhang auch auf die ungewohnte Höhe der Verdienste der Arbeiter hingewiesen hätte.

Besonders bemerkenswert erschien ihm die starke Verwendung von Tunnelöfen, wobei er das Gefühl gehabt habe, daß im Tunnelofen die Technik nur hier vorausgekommen sei. Im meisten voraus seien uns die Amerikaner in den Transporteinrichtungen und den Trockenanlagen.

Die Qualität der Erzeugnisse stehe hinter den deutschen noch weit zurück. Die Einrichtungen der Fabriken sei vielfach sehr primitiv und nicht eben sauber. Sicherheitsvorrichtungen und sanitäre Einrichtungen, wie überhaupt Arbeiterschutz und soziale Fürsorge würden einen deutschen Gewerbeinspektor ins Grab bringen.

Von der keramischen Erzeugung werde auch nach Canada, Mittel- und Südamerika exportiert.

Des Verfassers Eindruck ist, daß wir Deutschen vieles von der amerikanischen Keramik lernen können und müßten, daß wir in Deutschland in der keramischen Forschung, in der maschinentechnischen Fortbildung, in der künstlerischen Durchdringung nicht erlahmen dürften. Wir müßten gewaltige Umstellungen machen. Der deutsche Weg müsse unbeirrt zur höheren Qualität fortgesetzt werden. Den Weg der Quantität, wie ihn Amerika beschritten hätte, könnten wir kaum in amerikanischer Form erreichen.

Gedanken zu Keynes' Ansichten über Privat- oder Gemeinwirtschaft.

Der bekannte englische Nationalökonom John Maynard Keynes hat in einem Vortrag an der Berliner Universität über „Das Ende des laissez faire - Privat- oder Gemeinwirtschaft?“ Ansichten entwickelt, deren Würdigung auch von gewerkschaftlicher Seite nicht überflüssig sein dürfte. Sind es doch die im Untergrund der wirtschaftlichen Entwicklung mitschwingenden theoretischen Gedankengänge, die noch fühlend und tastend die revolutionierende Umwälzung der letzten Zeit zu begreifen trachten. Es ist nicht uninteressant, daß gerade ein Engländer das Ende des „laissez faire“ feststellt. England war bekanntlich das Mutterland der freiheitlichen Schule, deren Inhalt mit den Worten „laissez faire laissez aller“ (unbehinderter Kampf ums Dasein, der zur natürlichen Auslese der Tüchtigsten im Wirtschaftsprozess führt) umschrieben wird. Keynes ist der lebendige Zeuge dafür, daß auch in England die Ideen der Cobden und anderer Manchesterleute von der natürlichen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zum alten Eisen geworfen wurden. Er ist der Meinung, daß der Individualismus und das „laissez faire“ zu ihrer Zeit richtig und für die Entwicklung von großem Einfluß gewesen seien. Doch beginne jenes Ideal seinen Glanz zu verlieren; es sei zweifelhaft, ob wir an seiner Hand ins Paradies eingehen werden. „Es ist nicht wahr, daß jedes Individuum eine vorgeschriebene natürliche Freiheit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Die Welt wird von oben her nicht so regiert, daß private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen.“ Keynes kommt zur Formulierung eines Programms, das folgende Leitgedanken enthält: „Die ideale Größe der Organisations- und Kontrolleinheit liegt irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und Anerkennung halbautonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt: Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium der Allgemeinheit handeln und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden, wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus (Nähe auf das Wohl der Allgemeinheit) nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse und Fakultät gewisse Vorteile belassen muß; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen großenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen. Es liegen sich eine Menge bereits vorhandener Beispiele für gesonderte Autonomien anführen, die sich der von mir vorgeschlagenen Form annähern oder sie bereits erreicht haben: die Universitäten, die Bank von England, der Londoner Hafen, sogar die Eisenbahngesellschaften, wenn sie ein gewisses Alter und eine gewisse Größe erreicht haben, bei dem sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Körperschaft nähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. Eine der am wenigsten bemerkten und interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmungen, die sich selbst sozialisieren. In der Entwicklung eines Großunternehmens kommt der Augenblick, in dem die Kapitalbesitzer, das heißt die Aktionäre, fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst sind mit dem Erfolg, daß das unmittelbare Interesse der Verwaltung an großen Profiten eine sekundäre Bedeutung bekommt. Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution, als auf die bestmöglichen Gewinne für die Aktionäre. Diese müssen sich mit angemessenen Dividenden zufriedengeben.“

Was ein Unternehmervertreter über die keramische Industrie der Vereinigten Staaten Nordamerikas zu berichten weiß.

Im „Keramos“, Heft 6, 1926, berichtet Herr Dr. A. Bollner über seine Wahrnehmungen, die er auf seiner amerikanischen Reise in der keramischen Industrie der Vereinigten Staaten Nordamerikas sammelte. Nach dem Verfasser studieren an der Ohioer Universität in Columbus allein 126 Studenten Keramik, in ganz Nordamerika gibt es acht solche Institute an den Universitäten. Die Amerikaner errichten ihre Werke auf wissenschaftlicher Basis, an Lagerstätten von Ton und Kohle. Sie erproben vor Errichtung wissenschaftlich, was sie machen wollen.

Hochschulen und keramische Industrie arbeiten zusammen. Die keramische Industrie beschäftigt rund 200.000 Arbeiter. Jährlich werden ihr bis zu 300 wissenschaftlich und praktisch erprobte Keramiker zugeführt, die sich bei ihren Arbeiten im Betrieb durch nichts von den Arbeitern unterscheiden.

In der genannten Universität findet sich das amtliche Verzeichnis der amerikanischen keramischen Gesellschaft, das 2500 Mitglieder monatlich über die wissenschaftlichen Forschungen und landwirtschaftlichen keramischen Vorgehen unterrichtet. Ueber Hochschulen gibt es noch keramische Fachschulen.

Etwa 100 Fabriken erzeugen die „China“, ein dem Aussehen nach ähnliches Erzeugnis wie das europäische Porzellan. Von den Namen sind Arten eingeschlossen von der Güte weißbrennenden Steinguts bis zum Hartporzellan.

„Technisch“, schreibt Dr. B., „ist die Erzeugung des amerikanischen Porzellans, bis auf zwei Ausnahmen, immer so geartet, daß zuerst der höhere Brand bei Regel 7-10 stattfindet, und dem der Scherben beinahe dicht gebrannt wird, und dann die

Glasur in einem zweiten, weit niedrigerem Feuer bei Regel 1 bis 4 aufgetragen wird. Diese Glasuren sind ohne Ausnahmen vorfäurebleislos, aus Kritten erzeugt; sie dürften wohl ausnahmslos dem deutschen Nahrungsmittelgesetz nicht entsprechen. Das wirkliche europäische Hartporzellan wird in zwei Fabriken, Frankfurter und Coors, erzeugt.

Die in den verschiedenen Chinafabriken hergestellten Artikel sind in erster Linie Dinner-Ware und Speiseware. Diese wird in zirka 60 Fabriken hergestellt und bildet wohl den Hauptteil der amerikanischen Fabrikation. Die Formen sind europäischen und japanischen Formen nachgebildet, selten eigene Schöpfungen.

Die zweite große Gruppe der Chinaerzeugnisse ist die Hotelware, die in Linien bis zu 800 verschiedenen Stücken (auch nicht normalisiert) in 39 Fabriken sowohl in halbdichter, sowie dichtschmolzener Ware hergestellt wird.

Fast alle diese Fabriken und noch zirka zwölf dazu stellen auch Fayenceware (Fantasieware), Toilettenware, sowie Vasen, Lampen usw. her.

Feuerfestes Kochgeschirr wird von Chinafabriken an fünf Plätzen erzeugt.

Chemisch-technisches Porzellan stellen drei Fabriken her, wobei hier genau Größe und Maße der Staatlichen Manufaktur Berlin übernommen wurden.

Elektrotechnisches Porzellan erzeugen zwölf Hochspannungs- und dreißig Niederspannungsfabriken.

Ebenso bedeutend wie die zwei Chinafabriken sind die Potteries (Töpferereien), deren es ebenfalls gut hundert gibt. Diese sind die ältesten keramischen Werkstätten.

Die Erzeugnisse der Rockwood Pottery, der Fulper Pottery, der Weller Pottery geben jedem keramischen Herzen höchstes Erstaunen und Bewunderung. Dabei sind es Linien und For-

Der Kampf um die Unterstützung der Erwerbslosen.

II.

Lohnklassen oder Einheitslöhne?

Für die kommende Arbeitslosenversicherung steht der Regierungsentwurf die Staffelung der Unterstützungssätze nach Lohnklassen vor. Wie der Beitrag in Prozentteilen des Lohnes entrichtet wird, soll auch die Versicherungsleistung nach der Lohnhöhe differenziert sein. Dieser für die Arbeitslosenversicherung aufgestellte Grundsatz hat bisher aus keinem Kreise ernste Gegenwehr gefunden. Gewerkschaften, Unternehmerverbände und die Verbände der öffentlichen Körperschaften (Städtetag, Landrätstag) haben ihn grundsätzlich anerkannt. Die „Gewerkschaftszeitung“ ist bereits Anfang 1925 für dieses Prinzip eingetreten und hat diese Stellungnahme eingehend begründet.*

Sicherlich löst sich über die Frage, ob die Versicherungsleistung an den Erwerbslosen differenzieren soll nach der früheren Lohnhöhe, oder ob sie nach Einheitslöhnen, nur unterschieden nach Alter und Familienumfang, durchgeführt werden soll, streiten. England führt eine Einheitsleistung durch. Diese gliedert sich nur nach Alter (bis und über 18 Jahre) und nach Geschlecht, so daß nur vier Einheitslöhne angewandt werden. Es erhalten wöchentlich Jugendliche bis zu 18 Jahren: männlich 7,50, weiblich 6 Mk., Männer 18 Mk. und Frauen 15 Mk. Hinzu tritt eine, übrigens nicht ursprünglich vorgesehene Familienunterstützung von wöchentlich 5 Mk. für den Ehegatten und 2 Mk. für jedes Kind. Diese Sätze gelten sowohl im letzten englischen Dorf wie in der Großstadt. Dementsprechend sind auch die Beiträge durchaus einheitlich; nämlich für Jugendliche: männlich 22 Pf., weiblich 23 Pf., für Erwachsene: Männer 65 Pf., Frauen 56 Pf. pro Woche. Hinzu treten in fast gleicher Höhe die Beiträge der Unternehmer. Hier ist also das Prinzip der örtlichen und persönlichen Gleichheit sehr weit durchgeführt. Aber es entsteht, obwohl die Differenzierung der Lebenshaltungskosten und auch der Löhne in England sehr viel geringer ist als in Deutschland, erhebliche Klagen, insbesondere der Arbeiter bei großen Städten und bei besser entlohnten Gewerbe, daß man den Unterschieden nicht Rechnung trägt. Andererseits wird auf die für die Minderverdiener sehr drückende Last der Einheitsbeiträge hingewiesen.

In Deutschland hat eine solche Gleichheit nie bestanden. Von vornherein wurde die Unterstützung gegliedert nach Ortsklassen, d. h. nach der unterschiedlichen Höhe der Lebenshaltungskosten am Orte. Als Beiträge eingeführt wurden, waren es nicht Einheitsbeiträge oder örtlich unterschiedene Beiträge, sondern sie wurden in Beziehung zur Lohnhöhe gesetzt. Die Fürsorgeleistung war zwischen den Orten sehr verschieden, aber am selben Orte gleich hoch, abgesehen von der Unterscheidung nach Alter und Familie. Die übrige Sozialversicherung kennt solche Gleichstellung nicht, weder in der Krankenversicherung, noch in der Invaliden-, Unfall- oder Unfallversicherung. Entscheidend ist für die Leistungen dieser Einrichtungen die frühere Lohnhöhe und der von ihr abhängige Beitrag. Wollte man einzig ausgehen von dem Grundsatz, daß für alle Versicherten ein gleiches Existenzminimum mit gleicher Versicherungsleistung zu sichern ist, so müßte man diesen Grundsatz auch auf die übrige Sozialversicherung anwenden. Aber gibt es ein einheitliches Existenzminimum? Die Löhne sind schon für jedes Geschlecht, Männer und Frauen, zwischen dem einzelnen Beruf und im einzelnen Beruf außerordentlich differenziert, viel differenzierter aber noch, wenn die Löhne für Männer und Frauen in all den verschiedenen Berufen verglichen werden. An diesen verschiedenen hohen Löhnen entwickelt sich ein sehr unterschiedlicher Lebensstandard. Es entstehen verschiedene große Verpflichtungen der mannigfachen Art, die sich nicht einfach beim Aufhören des Verdienstes auf einen für alle Menschen gleich hohen Standard senken lassen. Die absolut gleich hohe Unterstützung für jeden bedeutet nicht eine gleich hohe oder gleichwertige Fürsorge für jeden. Eine Unterstützung z. B. von 15 Mk. wöchentlich bedeutet rein fürsorglicher für jemanden, der gezwungen war, sein Leben nach einem Lohn von 20 Mk. einzurichten, sehr viel mehr als für jemanden, der z. B. einen Lohn von 40 Mk. wöchentlich bezog. Aber entscheidend ist ein anderes. Bei einer Einheitsleistung in einer Wirtschaft mit zum Teil außerordentlich tief liegenden Löhnen muß entweder die Fürsorgeleistung sehr oft die Lohnhöhe überschreiten oder sie muß im ganzen untragbar tief liegen. Da ersteres gerade in Deutschland im Gegensatz zu England von den Unternehmern und den von ihnen beeinflussten Regierungen in der kleinlichsten Weise bekämpft wird, drückt das Prinzip der einheitlichen Leistung auf die Unterstützungshöhe als Ganzes. Die Unterstützung gerät in Abhängigkeit vom tiefsten Lohn, wie es leider die Erfahrungen der letzten Jahre nur zu sinnfällig lehren.

* „Gewerkschaftszeitung“ 1925, Seite 80.

Reynes bezeichnet hier die selbständigen Großunternehmungen als die günstigste Form der gesellschaftlichen Produktion. Schulische Gedanken hat bereits Walter Mathenau ausgesprochen. In seiner Abhandlung „Vom Aktienwesen“ lesen wir: „Die Großunternehmung ist heute überhaupt nicht mehr lediglich ein Gebilde privatrechtlicher Interessen, sie ist vielmehr, sowohl einzeln wie in ihrer Gesamtheit, ein nationalwirtschaftlicher, der Gesamtheit angehörender Faktor, der zwar aus seiner Herkunft, zu Recht oder zu Unrecht, noch die privatrechtlichen Züge des reinen Erwerbsunternehmens trägt, während er längst und im steigenden Maße öffentlichen Interessen dienlich geworden ist und hierdurch sich ein neues Defensivrecht geschaffen hat. Seine Fortbildung im gemeinwirtschaftlichen Sinne ist möglich, seine Rückbildung zur rein privatwirtschaftlichen Bindung oder seine Umstellung in kleine Privatpartikel ist undenkbar. Was Reynes also über das Wesen und die Rolle großer Unternehmungen im Rahmen der Privat- oder Gemeinwirtschaft ausführt, hat Mathenau bereits in anderer Form während des Krieges formuliert. Am Schluß der angezogenen Schrift schreibt Mathenau im Jahre 1917: „Der Krieg, mehr ein weltrevolutionäres denn ein politisches Ereignis, hat den Bau der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung Europas in soviel Monaten in Trümmer gelegt, als Kleinen von Friedensjahren es vermocht hätten. Aus diesen Trümmern wird weder ein Reich des sozialen Kommunismus hervorbekommen, noch ein neues Reich freiwirtschaftlicher Kräfte. Auch dem Wesen der Unternehmung wird nicht die Verfallung des privatwirtschaftlichen Gedankens beschieden sein, sondern die bewußte Einordnung in die Wirtschaft der Gesamtheit, die Durchdringung mit dem Geiste der Gemeinverantwortlichkeit und des Staatswohls.“ Die Gedanken, die von Reynes und Mathenau ausgesprochen wurden, sind keine theoretischen Konstruktionen mehr, sondern im großen Umfang bereits Wirklichkeit geworden. Und da ergibt sich die Frage, wie die Arbeiterbewegung sich zu ihr zu stellen hat. Reynes ist ein Gegner des Marxismus, er hat diese Lehre in Berlin unlogisch und langweilig genannt. Und dennoch hat Marx bereits vor 60 Jahren erkannt, daß die großen Aktiengesellschaften gesellschaftliche Unternehmungen sind. Im „Kapital“ schrieb Marx über das Wesen der Aktiengesellschaften: „Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privatigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“

Die Tendenz der Großunternehmungen, „sich selbst zu sozialisieren“, wie Reynes sagt, sich zu gesellschaftlichen Faktoren der Wirtschaft zu entwickeln, wird von den drei Männern übereinstimmend, wenn auch mit anderen Worten, anerkannt. Und in der Tat sind Gebilde, wie der neue Stahltrüffel oder der Farbtrüffel, gesellschaftliche Organe von national wie international gleich großer Bedeutung. Und weil wir dies feststellen, vermögen wir auf der anderen Seite nicht recht einzusehen, daß das private Eigentum in solchen Unternehmungen noch unbedingt vorhanden sein soll. Gewiß sind die Aktionäre von den Verwaltungen unserer größten Unternehmungen vollständig losgerissen, zumal beim Stahltrüffel, wo als Aktionäre andere Aktiengesellschaften auftreten, freie Aktienbesitzer also zurzeit überhaupt nicht vorhanden sind. Desto energischer muß man das private Eigentum solcher auf gesellschaftlicher Stufenleiter sich bereits befindender Unternehmungen ablehnen. Das Kriterium des Allgemeinwohls scheint uns ebenfalls nicht im geringsten gefährdet zu sein. Noch weniger vermögen wir den Schutz und die Berücksichtigung der in jenen Gebilden tätigen Massen sicherzustellen zu sehen. Von der tätigen Mitwirkung derselben innerhalb des Produktionsprozesses ganz zu schweigen.

Von diesen Gesichtspunkten das ganze Problem betrachtet, müssen wir uns wundern, daß in obigen Leugnerungen von den Gewerkschaften niemals die Rede ist. Und doch gibt das Bestehen derselben und ihre Mitwirkung im Produktionsprozeß die einzige Möglichkeit, das „Kriterium des Allgemeinwohls“ gewahrt zu sehen. Die Wirtschaft soll und darf keine Privatangelegenheit der Unternehmer sein. Die großen autonomen Industrieunternehmen bieten keine Gewähr dafür, daß die Interessen der Allgemeinheit vertreten werden. Aber die volle Mitwirkung der Gewerkschaften als Vertreter der produktiv tätigen Bevölkerung dürfte die genügende Garantie hierfür sein. Wir bezeichnen dies alles mit Demokratisierung der Wirtschaft.

Der Höhe „laissez faire“, der seit Jahrhunderten mit glühender Verehrung angebetet wurde, ist tot. Die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft haben ihn selbst erschlagen, indem sie Kartelle und Trusts gründeten und an Stelle der freien Konkurrenz Monopole treten ließen. Diese werden der Allgemeinheit nicht zum Segen gereichen, wenn nicht auf der anderen Seite eine reale Macht als Garant der Volkswirtschaft auftritt. Und dazu können nur die Gewerkschaften berufen sein.

Kapitalismus und Verbrechen.

Von Simon Rakenstein.

Die Sorge um die Erhaltung der höchsten Güter: Vaterland, Religion und Familie — die Erhaltung von Ordnung, Sitte und Eigentum aller Volksgenossen, das ist, wenn wir die Vorkämpfer der kapitalistischen Parteien hören, das edle Ziel, der „Dienst am Volke“, dem all ihr Streben geweiht ist. Die Behre dieser gottgewollten Ordnung, Not und Verrückung weiter Volksschichten, erscheint daneben als bedauerliche Begleiterscheinung einer regenreichen Entwicklung, nicht selten als Folge eigener Schuld.

Das alles aber vermag nicht die wachsende Erkenntnis aufzuhalten, daß diese Gesellschaftsordnung die Volkswirtschaft zum Mittel einer begünstigten Minderheit macht, sich auf Kosten der Volksmasse die Vorteile höherer Lebenshaltung und sozialer Begünstigung zu verschaffen. Das heißt: sie setzt an die Stelle der ethischen, dem Wohle aller dienenden Gesamtheit die Ausnützung der großen Volksmehrheit, ihre Nötigung zur Leistung ungeschulter Arbeit, zur Verkümmern ihres Lebens und Lebenswertes: aller Dinge, die von der Volkswirtschaft, durch die verwickeltesten Festsstellungen und Theorien erklärt werden, für die unbeschuldete, „moralische“ Auffassung aber sich darstellende, gesellschaftsschädliche Handlungen, die sich nur der „ethischen“ Begriffsbestimmung, nicht aber der Sache nach als gesellschaftlichen Machtverhältnisse geschäft, als Verbrechen bezeichnet werden.

Treffend kennzeichnet diesen Sachverhalt Teifen in seinem noch heute bedeutenden Buche: „Das soziale Verbrechen und die besitzenden Klassen in Oesterreich“ wenn er sie

„Der Mangel sympathischer Gefühle ist ein Kennzeichen des geborenen Verbrechers. Das durch Generationen akkumulierte und das durch Generationen bedrückte Volk gleicht sich darin, daß beiden die uneigennütigen Gefühle abhandeln gekommen sind und somit beide zum Verbrecher neigen. Aber in der Ausprägung beider Verbrechnaturen besteht im großen und ganzen, nicht in jedem Fall, ein Unterschied. Sowohl was die Form des Verbrechens als was das Subjekt des Verbrechens betrifft. Das Volk der Armen ist atomisiert, kann deshalb seine Reue zum Verbrechen nicht als Klasse betätigen, kein Klassenverbrechen begehen, wenn nicht außergewöhnliche Verhältnisse eintreten. Die Verbrechnatur bricht daher nur in einzelnen Menschen durch. Das Volk der Verdrückten ist organisiert, bildet ein festgeschlossenes Ganzes und besitzt die Macht. Hier äußert sich die Verbrechnatur

in Klassenverbrechen. Einzelverbrecher erscheinen hier aus dem Grunde seltener, weil die Angehörigen dieses Volkes naturgemäß mit ihren eigenen Gesetzen nicht so leicht in Widerspruch geraten können. Die Grundzüge der Gesetze sind ja ihre Grundvorurteile gegenüber den Armen als Verbrecher. Ebenjowenig wie dieser überträgt sie ihre Gefühle auf alles, was fühlt. Sie stellt sich nicht den anderen gleich, unterwirft die eigenen Antriebe nicht unter das Wohl der Gemeinschaft und erkennt auch nicht die Rechte anderer an. Gleich dem geborenen Verbrecher will sie von einer gemeinsamen Arbeit aller an gemeinschaftlichen Aufgaben nichts wissen, noch will sie den Armen Anteil an den Gütern der Kultur gewähren. Ihre Sympathiehaftigkeit hat wie bei dem geborenen Verbrecher ihren Grund in der Trägheit des Fortschritts und in den stumpfen Gefühlen. Diese Eigenschaften lassen keine Gewissensbisse, nicht einmal ein Bedauern aufkommen, und der Mangel an Reue läßt sie gar nicht versuchen, das Unrecht anzumachen. Es fehlt ihr — und darin stimmt ihre mit der Verbrechnatur überein — das Schuldgefühl. Dieser Vergleich ließe sich noch weiter fortspinnen und im einzelnen zeigen, wie die persönliche Freiheit, das Leben und das Eigentum der Armen infolge des Mangels der uneigennütigen Gefühle in der anderen Klasse gefährdet werden.“

Diese geniale Erkenntnis des innersten Wesens der Klassenherrschaft (genial ist immer die Einsicht in die Einfachheit eines scheinbar sehr verwickelten Zusammenhangs) tritt weniger deutlich ins Bewußtsein im Verlauf des landesüblichen Geschehens, dessen Scheußlichkeiten den durch Gewohnheit Abgestumpften kaum mehr recht zum Bewußtsein kommen, als wenn durch besondere Ereignisse der eingesperrte Gang des Betriebes durchbrochen und der Kapitalismus in seinem Naturzustand offenbar wird. Man braucht dabei nicht auf die Gruel der „ursprünglichen Akkumulation“: Land- und Seeraub, Sklavenhandel, Bauernlegen u. a., zurückzugreifen; auch die Gegenwart bietet genug Beispiele des unigen Zusammenhangs zwischen der offen ungleichlichen und der „gesetzlichen“ Form der Aneignung fremden Arbeitsertrags. Man denke an Krieg und Kriegsgewinn, Kolonialgeschäfte und Inflationspekulationen. Man denke an den bis vor kurzem größten Weltkapitalisten Rockefeller, dessen Geschichte ein riesiger Kriminalroman ist, an den deutschen Stempelfälscher Baare und die schwerindustriellen Kriegslieferanten- und Kriegsgefangenenbeschäftigungs-Geheimnisse der letzten Jahre. Und heute?

Man war früher wohl geneigt, die Ansicht unserer Theoretiker, daß die demokratische Republik die Stätte sei, wo der Klassenkampf sich am schärfsten und rücksichtslosesten entfaltet, für übertrieben zu halten, von der gesetzlich festgelegten

Dieses veranlaßt uns, die nach Lohnklassen gestaffelte stützung zu fordern, um so mehr als bei der Beibehaltung dieses Prinzip angewandt wird. Kann, was für die Lebensversicherung als berechtigt und richtig anerkannt „Zwischenlösung“, d. h. jetzt schon im Rahmen der Lebensversicherung angewandt, falsch sein?

Zunächst wäre an sich rein technisch eine Zwischenlösung erwünscht. Diese Form der Unterstützung, Berechnung der Unterstützung der Lohnhöhe u. a. mehr, ist sehr viel komplizierter als die heutige Form. Sie bedingt auch sicherlich nicht in der Beibehaltung. Man wird daher nicht in aller Eile sofort ein reibungsloses und zweckentsprechendes System schaffen können. Die Praxis wird hier Lehrmeister sein müssen. Wollte man das neue System erst mit der Arbeitslosenversicherung einführen, so müßte man sich im Vergleich des Verfahrens entweder mit dem Vorschlag annehmen, die ihren Inhalt erst durch Verordnung erhalten muß damit rechnen, daß die Vorschriften sehr bald Novellen zum Gesetz verändert und der Praxis angepaßt werden müßten. Beides ist gleich unerquicklich. Die vorerfahrenen der „Zwischenlösung“ liegen sich jedoch endgültigen Gesetzesbeschaffung verweigern, so daß von vorpraktische Maßnahmen gesetzlich festgelegt werden könnten rein technische Gesichtspunkte wäre erheblich, aber nicht schlaggebend. Entscheidend für die „Zwischenlösung“ ist die fürsorglichen Gesichtspunkte.

Als Gründe gegen die Zwischenlösung wurden vorgebracht Die zeitliche Unzweckmäßigkeit in der ungünstigen Augenblicklichen Krise des Arbeitsmarktes mit den fast lichen Unterstützten, die Umstellung durchzuführen und die Gefahr, daß bei einer Neuordnung der Unterstützung zahlreiche Erwerbslose der unteren Lohngruppen ihren bisherigen Besitz geschmälert und noch schlechter gestellt sein würden, oder aus der allgemeinen eine Aufbahrung der Unterstützung erhalten müßten. Der erste kann nicht durchschlagend. Gewiß wäre die Zeit eines an Unterstütztenbestandes für eine Umstellung günstiger, wenn sich erheblichen Arbeiter, die Schwierigkeiten der Unterstützten, die zum Teil seit langen Monaten arbeitslos sind, in die entsprechenden Lohnklassen nachträglich einzuberechnen geringer wären. Aber soll das neue System ein werden, so muß der Übergang ja einmal stattfinden. Eine erhebliche Verbesserung des Arbeitsmarktes und ein starker Rückgang der Unterstütztenzahl in naher Zukunft ließe sich eine Verschiebung vielleicht rechtfertigen. Da ab einem auf längere Zeit schlechten Arbeitsmarkt zu rechnen und zum Winter ein erneutes Anschwellen der Arbeitszahl zu erwarten ist, würde die Rücksichtnahme auf Schwierigkeiten die Neuordnung auf lange Zeit hinauschieben. Da aber eine Veränderung der jetzigen Grundzüge, mindestens nach der Richtung hin, keinesfalls die Unterstützung die des früheren Lohnes erreichen zu lassen, von Unternehmern der Regierung angestrebt wird, ist ohnehin mit Nebenrechnungen. Wenn die bisher geltenden Bestimmungen ohne Veränderung bis Anfang Juli verlängert sind, so nicht halb, weil Unternehmer und Regierung ihre Wünsche zurückstellen, sondern nur, weil man sich hütete, vor 20. Juni in Aussicht auf die Abstimmung über die Neabänderung böses Blut zu machen.

Sehr viel ernster ist natürlich der zweite Einwand, daß zahlreiche Bezüge gegenüber dem jetzigen Zustand geschwürden. Hierfür entscheidend ist, wie das angestrebte durchgeführt wird. Nicht das Prinzip als solches, sondern praktische Anwendung, also die Festlegung der Lohnstufen, die Bemessung des Verhältnisses zwischen Lohn und stützung ist entscheidend. Hierauf kommt alles an. Das die Gewerkschaften stets betont und sie denken nicht daran, eines Prinzip wegen eine Lösung gutzuheißen, die für Unterstützte eine unerträgliche Verschlechterung brächte.

Es ist im vorigen Aufsatz auf die vorliegenden verständigartigen Vorschläge hingewiesen worden. Daß die von der Regierung vorgeschlagene Lösung ungenügend ist, ist selbstverständlich. Sie senkt mit nur 40 v. H. des Einheitslohnes für Ledigen und je 5 v. H. für die unterstützungsberechtigten Familienmitglieder in den unteren Gruppen die seit Unterstützungssätze unerträglich. Die Gewerkschaften sind davon ausgegangen, daß die Grundlagen der Berechnung liegen müssen, nämlich auf mindestens 50 v. H. des Einlohnes für den Ledigen. Der Vorschlag des Reichswirtschaftsrates will dieses für die ersten drei Gruppen, der Vorschlag Beirates bei der Reichsarbeitsverwaltung für alle Gruppen angewandt wissen, während letzterer außerdem den Zuschlag für den Ehegatten auf 10 v. H., für Kinder auf 5 v. H. messen will. Da der Einwand immer wieder vom Minderdiener ausgeht, seien einmal die Berechnungen für die drei vorgeschlagenen Gruppen, d. h. für die Löhne bis zu 24 wöchentlich zusammengestellt. Die wöchentliche Unterstützung trägt:

Gleichheit der Staatsbürger und der verfassungsmäßigen Souveränität eine weitgehende Milderung dieser Gegenstände, guten Schritt zum „sozialen Frieden“ zu erwarten. Inzwischen haben die Erfahrungen in unserem Staatswesen bestätigt, auf Grund der Vorgänge in Frankreich und Amerika gesagt worden war. Heute, wo nach der Verfassung der Arbeiter das gleiche Wahlrecht mit dem Reichspräsidenten konzentrisch besitzt und den Reichspräsidenten als höchsten Aufsicht trägt, wo die Organisationen der Arbeitnehmer Millionenheeren aufmarschieren und als Berufsberechtigten amtlich anerkannt sind; heute führt das Großkapital offenbar noch viel mehr hinter den Kulissen, in der gekauften Presse Verkehr mit den kapitalistischen Parlamentariern und mit den Ministerial- und Verwaltungsbeamten den Kampf die Macht, um die möglichst unbeschränkte Beherrschung Wirtschaftslieben, das unbeschränkte Recht zur Brandschatzung der Volksmassen in ihrer dreifachen Eigenschaft als Arbeiter, Verbraucher und Steuerzahler. Und erbarmungslos niedergeknüpft, wer sich diesem edlen Geschäft in den Weg stellt. Und doch geht dieses Geschäft nicht mehr ganz seinen gehobenen Gang. Ganz ohne Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen ist die Masse, der die Verfassung den maßgebenden Einfluß auf Staat und Wirtschaft zugesprochen hat, doch mehr. Und in der Ferne, die einem ängstlichen Gemüt naherückt scheint, winkt am Horizont die Zeit, da die Wirklichkeit den Willen und die Einsicht gewonnen haben, ihr fassungsrecht auch zu gebrauchen, die Charta zur Wahrheit machen“, wie Louis Philippe so schön gesagt hat. Das um jeden Preis verhindert werden. Aber wie?

Der Weg durch den Willen des Volkes, der einen Augenblick gangbar erschien, ist...bet immer mehr. In einem solchen Wähler lesen gelernt haben, ist es auf die Dauer möglich, sie an der Wahrnehmung ihrer wirklichen Interessen zu verhindern. Daß ein so vorzügliches Werkzeug wie das Stimmrecht schließlich seinem wirklichen Zweck zugeführt ist, ist so selbstverständlich, daß die kapitalistischen Drahtzieher, ja in Gesellschaften keine Dummköpfe sind, daran zweifeln können. Daher suchen sie Hilfe auf anderem Wege. Das Recht, das heute schon demokratisch gefärbt ist, reicht nicht mehr aus, auch wenn es noch so sorgfältig und unbeschädigt von rechtsgelehrten und ungelehrten Sachwaltern und Vertretern zurechtgebogen wird. Bleibt nur der Weg der Verfassung des Umsturzes der Verfassung. Hier finden wir die Verbindung des von Teifen gekennzeichneten Klassenverbrechens herrschenden Kapitalmächte mit dem „gemeinen Verbrechen“, das mit Strafe und Entehrung bedroht wird.

Natürlich sehen wir in dem Umstürzler aus Grund dem wirklich politischen Revolutionär, sei er noch so reaktiv

Gruppe I: bis 12 M., II: 12-18 M., III: 18-24 M.
Gruppe Ledige Verheiratete Verb. m. 2 K. Höchstbetrag.

Vorschlag der Regierung:

I	4,80	5,10	6,00	7,80
II	6,—	6,75	8,25	9,75
III	8,40	9,45	11,55	13,65

Vorschlag des Weirats:

I	6,—	7,20	8,40	9,60
II	7,50	9,—	10,50	12,—
III	10,50	12,60	14,70	16,80

Vorschlag des Reichswirtschaftsrats:

I	6,—	6,80	7,80	—
II	7,50	8,25	9,75	—
III	10,50	11,55	13,65	—

Augenblicklicher Stand: je nach Ortsklasse und Wirtschaftskategorie

a) in den ersten acht Wochen:

*4,10-6,30 9,00-14,05 12,25-19,10 15,30-24,—
**6,70-11,50

b) von der neunten Woche ab:

*4,10-7,— 9,00-15,10 12,25-20,10 15,30-24,—
**6,70-11,50

* Ledige bis 21 Jahre. ** Ledige über 21 Jahre.

Es sind hier mit Fleiß nur die drei untersten, ungünstigen Klassen gewählt. Die nächste Stufe mit einem Wochenverdienst von 24 bis 30 M. und einem Einheitslohn von 27 M. würde nach dem Regierungsvorschlag bringen: dem Ledigen 10,80, dem Ehepaar 12,15, bei 2 Kindern 14,65 und als Höchstbetrag 17,55 M. Damit übersteigt dieser Satz die derzeitige Unterstützung der Ledigen bis auf die A-Städte im Gebiet III und die erhöhte Unterstützung. Ungünstiger liegt die Unterstützung der Familien, ohne Kinder würden nur die Erwerbslosen im Westen um 15 Pf. bis 3,15 M. wöchentlich besser gestellt. In der Mitte nur die B- und D/E-Orte, im Westen nur die D/E-Orte, während in den übrigen Orten Verschlechterungen eintreten. Weiter aber verschlechtern sich Familien mit Kindern. Bei zwei Kindern würden nur geringe Verbesserungen eintreten in den B-C- und D/E-Orten im Osten, während in den übrigen Orten Entlohnungen um 1,— bis 5,45 M. eintreten. Die Ledigen dieser Lohnklasse würden allerdings erheblich gebessert werden, nämlich je nach der heutigen Ortsklasse bis zu 4,10 M. wöchentlich. Diese Rechnung zeigt schon, daß der Ausgangspunkt der Regierungsvorlage dies zu tief liegt. Nach dem Vorschlag des Weirats würde diese Lohnklasse erhalten: Ledige 13,50, Verheiratete 16,20, mit zwei Kindern 19,90 und als Höchstbetrag 21,60 M. Geht man von letzterem Vorschlag aus, so tritt für alle Gruppen, mit Ausnahme der A- und B-Orte im Westen, eine teilweise erhebliche Verbesserung ein.

Die weiteren Lohnklassen stellen für die betreffenden Erwerbslosen Verbesserungen dar. Wie die Aufstellungen bezeugen, liegen die Schwierigkeiten in den untersten drei Lohngruppen. Hier fürchtet Dr. Vollgeier in seinem erwähnten Aufsatz und mit ihm andere Kritiker eine so starke Verschlechterung, daß für erhebliche Massen von Erwerbslosen Rückschlüsse aus der allgemeinen Wohlfahrtspflege gezogen werden müssen. Nach den Vorschlägen des Weirats dürfte dieses für die erste Lohnklasse (bis 12 M. Wochenlohn) nicht eintreten. Mit 6 M. Unterstützung sind zunächst die Ledigen bis 21 Jahren in den meisten Ortsklassen besser gestellt als heute. Unzweifelhaft erwachsene oder gar Familien dürften abgehen von weislichen Arbeitnehmern dieser Gruppe nicht annehmen. Auch die zweite Lohngruppe (bis 18 M. Verdienst) wird, da ja stets der Vollverdiener, nicht die Kurzarbeiter gerechnet wird, kaum in nennenswertem Maße Verheiratete umfassen. Auch die älteren Ledigen stehen in der Regel über diesem Lohn. In diesen Fällen wird also ein besonderer Rückschlag kaum eintreten. Schwieriger liegt es in der dritten Gruppe (bis 24 M.). Die Ledigen sind meist besser gestellt als heute, aber es bleibt natürlich auch nach dem Vorschlag des Weirats ein Ehepaar in den größeren Orten der Bezirke II und III hinter den heutigen Bezügen zurück bis zu 2,50 M. im Höchstfall, bei zwei Kindern um erheblich mehr.

Aber gerade in diesen drei Gruppen ereignen sich die Lebensschneidungen mit dem Lohn, die Veranlassung sind, daß heute schon in vielen Bezirken die Höchstbeträge einfach nicht bezahlt werden und daß die Regierung drängt, den Höchstbetrag der Unterstützung auf höchstens 75 v. H. des Lohnes beschränken. Hier ist die befürchtete Senkung bereits eingetreten oder zu erwarten.

Zweifellos würde in den Fällen besonders niedriger Lohnes eine Verschlechterung eintreten, weil diese Gruppen heute allen anderen gleichgestellt sind und später in das Lohnaufbauschema einzureihen wären. Aber es sind doch in der Regel auch heute, und dieses darf nicht übersehen werden, die Arbeitnehmer in den kleineren Orten, die den niederen Orts-

klassen solchen Verbrecher, sondern nur einen Menschen, den man wie einen Kriegsgefangenen verwahren muß, bis er nicht mehr gefährlich ist. Hier ist die Rede von dem wirklichen Verbrechertum, den Spiegelsberg und Schusterle, jenen Stützen der Ordnung, die wir früher als Hochschüler und Gewerbestreikbrecher an der Arbeit gesehen haben, die in Kriegs- und Nachkriegszeiten sich gründlich haben austoben dürfen, in Italien zur Parade des Staatsretters aufgeführt und auch in den noch immer demokratischen Staaten von ihren Geldgebern zu großen gesellschaftl. Verbrechen Taten ausüben sehen.

Man erinnere sich an die Kennzeichnung der Bonaparte in seinen Bänden, die Karl Marx in seinem „18. Brumaire“ gegeben hat: „Neben zerrütteten Büßlingen mit zweideutigen Unterhaltsmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuerlichen Ablegern der Bourgeoisie: Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge... Bauer, Gaukler, Taschendiebe, Spieler... Literaten... Bettler, kurz die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin und her geworfene Masse, die die Franzosen Bohème nennen... Bonaparte als Chef des Lumpenproletariats... In seiner Gesellschaft sammelt er 10 000 Lumpenkerls, die das Volk vorstellen müssen, wie Klas Pettel den Löwen...“ Sieht man nicht das gleiche Gesindel, das — neben ehrlichen Toren und fanatischen nationalen Schwärmern — in den verschiedensten Verkleidungen: als „nationale Arbeiter“, „Arbeits-Kommandos“, Berufs-Sanktrentner, Verwahrloster und Mörder den Umsturz der Republik vorbereitet? Alles aus den Reihen der großindustriellen und großagratischen Drahtzieher, die, weil sie erhebliche Vorteile nicht für ihre Zwecke haben können, sich mit dem Abfall begnügen und, sonst so gute Geschäftsleute, hier ihr gutes Geld die Frucht ihrer „ohne jeden Gewinn arbeitenden“ Betriebe und Spekulationen, für ebenso aussichtslose wie dunkle Zwecke hinauswerfen.

Denn am Ende ist der Liebe Mühe doch vergeblich — Die Verworfenheit der Massen mit national-patriotischen Phrasen, wie sie der Boicarcé- und Inflationszeit entsprach, hat sich bereits in Bayern verhandelt. Die zweite Säule der nationalen Hoffnungen: die Zerrüttung der Arbeiterbewegung durch innere Spaltung und auswärtige Intrigen, sinkt gleichfalls unverkennbar und immer rascher zusammen. So wird die in Spitzbuben und Mörder angelegte Kabal sich immer tiefer als unrentabel erweisen. Das erwachte und sich fester hebende arbeitende Volk wird — ohne und trotz Justiz und Polizei — dem kapitalistisch ausgehaltenen Verbrechertum ein baldiges Ende machen. Danach aber dem ganzen Klassenverbrechertum der kapitalistischen Wucherer- und Spekulationstypen überhaupt.

lassen angehören und dementsprechend auch heute geringere Unterstützung beziehen. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß bei Fortbestand der jetzigen Form infolge der so außerordentlich verschiedenen und oft mehr als erbärmlich niedrigen Löhne jede weitere Fortentwicklung für die zahlreichen Erwerbslosen, die heute durch ihren ehemals besseren Lohn in oft noch größerer Not sind, unterbunden wird.

Die Gefahr, die Dr. Vollgeier sieht, ist nicht so groß. Umgekehrt muß heute schon die allgemeine Wohlfahrtspflege in weitem Maße eingreifen, um Unterstützten, die später zu einem erheblichen Teil die Bezüge der höheren Lohngruppen erhalten, Zuschußunterstützung zu gewähren, z. B. bei Mietzahlung usw. In diesen Fällen würde sogar eine Entlastung eintreten. Notwendig ist allerdings, daß die „Zwischenlösung“ nicht das Gesicht der Regierungsvorlage trägt, sondern verhältnismäßig ausgebaut wird. Dabei wird man nicht unanfällig sein machen vor dem Senat: „Die Regierung darf nicht mehr kosten als die jetzige Regelung.“ Gewiß, das ist mehr kosten, wenn es sich darum handelt, die große Masse der Erwerbslosen der geistigen und physischen Verelendung zu entreißen. Die deutsche Wirtschaft muß die nötigen Mittel aufbringen. Täte sie es nicht, so verdrängt sie ihr kostbares Gut, die Arbeitskraft und würde Deutschland in Konflikte, die viel wirtschaftschmerzlicher wären als gesteigerte Sozialausgaben. Darum muß der Reichstag bis zum Juli die Grundlagen für eine verbesserte Arbeitslosenunterstützung schaffen.

Regierung, Reichstag und die Arbeitslosen.

Das Arbeitslosenproblem wird immer dringlicher. Nicht eine Verminderung, sondern eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer ist in dieser saisonmäßig ungünstigen Zeit zu verzeichnen. Trotzdem beharrt die deutsche Öffentlichkeit in großer Ruhe. Man macht sich wenig Gedanken darüber, wie man das freisinnige Geschwür einer solchen riesigen Arbeitslosigkeit, die nach den Worten des Reichsarbeitsministers bis zum Jahre 1929 in unverminderter Schärfe anhalten dürfte, zu beseitigen gedenkt. Die brachliegenden Produktionskräfte können mit einem Auswert von 4 Milliarden beziffert werden. Das ist das Doppelte dessen, was wir nach zwei Jahren an Reparationen zu zahlen haben. Der Inlandsmarkt wird dadurch verengt, und die Arbeitslosigkeit trägt so zu ihrer eigenen Verschlimmerung bei. Den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist es nicht zuletzt zu danken, daß Reichstag und Regierung sich nunmehr dem Arbeitsproblem zuwenden. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat sich in eingehenden Untersuchungen mit der Arbeitslosigkeit und ihrer Verhütung beschäftigt. Der Ausschuss kommt zu prinzipiellen Vorschlägen, auf welche Art mindestens 500 000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden können. Als solche Notstandsarbeiten werden bezeichnet:

1. Straßenbau und Erneuerung der Straßenbedecken.
2. Kultivierung von Lecklandflächen.
3. Schiffbau und Kanalarbeiten.
4. Fluss- und Bachregulierungen.
5. Stauanlagen, Schutzdämme usw. gegen Hochwasser.
6. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften.
7. Wohnungsbau.
8. Elektrifizierung der Eisenbahn.

In der Reichstags Sitzung vom 28. Juni gab der Reichsarbeitsminister Dr. Braun über die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit eine längere Erklärung ab. Der Minister und damit wohl auch die Regierung sind der Meinung, daß vor dem Jahre 1929, wo der Geburtenausfall während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt, eine Besserung des Arbeitsmarktes in nennenswertem Umfang nicht zu erwarten ist. Dr. Braun weist auf die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt hin und stellt fest, daß von 1 062 000 Hauptunterstützungsempfängern am 15. Dezember 1925 am 15. Juni noch 25 Proz. Unterstützung bezogen. Aus diesen Feststellungen glaubt der Minister folgern zu müssen:

1. Daß die Arbeitslosenunterstützung die Aufnahme der Arbeit nicht behindert hat; deshalb dürfte und mußte sich die Regierung auch zur Fortführung der gegenwärtigen Unterstützung in ihrer Art und Höhe entschließen. 2. Reicht aus der Statistik, daß eine besondere Fürsorge für die Auszustenernden, deren Zahl im Späthjahr immerhin beträchtlich sein kann, unbedingt erforderlich ist und rechtzeitig vorbereitet werden muß. Angeht es der Fortdauer der Kurzarbeit muß insbesondere auch die Kurzarbeiterunterstützung vorläufig fortgesetzt werden. Die Zahl der in Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen stieg von 27 870 am 15. Dezember 1925 auf 170 105 am 15. Mai 1926. Die Reichsregierung verspricht ferner, daß sie gemäß den Vorschlägen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages die produktive Erwerbslosenfrage fürdern will.

Der Berichterstatter des Volkswirtschaftlichen Ausschusses und Redner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Gen. Dittmann, hieß die von der Regierung abgegebene Erklärung im großen und ganzen gut und machte Vorschläge zu weiteren Maßnahmen. In einer Entschließung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, die vom Reichstag angenommen wird, wird die Reichsregierung ersucht, in bestimmten Zeiträumen eine Ueber- sicht über die getroffenen Maßnahmen zu geben.

Regierung und Reichstag haben gesprochen. Es ist möglich, daß damit die Arbeitslosigkeit in ihren schlimmsten Auswüchsen gemildert werden kann. Dennoch bleibt das Problem noch auf Jahre hinaus ungelöst. Es ist noch nicht zu ersehen, wie sich die Rationalisierungsmagnahmen der Industrie in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt auswirken werden. Die Gewerkschaften werden weiter auf dem Posten sein müssen und Mittel und Wege zu finden, damit die deutsche Arbeiterschaft diese furchtbare Periode ohne großen Schaden überstehen kann.

Gewerkschaftsbewegung und Achtstundentag.

Von Peter Grafmann.
Die Frage der arbeitenden Klasse in jedem Lande ist weniger abhängig von dem Maße politischer Freiheit, deren sich das betreffende Volk erfreut, als von dem Einfluß, den die Arbeiterklasse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ausüben vermag. So wertvoll der Stimmzettel ist, den der Arbeiter bei Wahlen zur Legislative zugunsten des sozialen Fortschrittes abgibt — dauernde Erfolge, namentlich in bezug auf die Respektierung sozial-fortschrittlicher Gesetze sind nur dort zu erzielen, wo die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, als starke Faktoren Geschehung und Verwaltung vorwärts treiben und kontrollieren. Vielfach funktionieren Gesetze nur einen bereits praktisch erreichten Zustand.

Das ist bestimmt der Fall in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Wenn nach Beendigung des Weltkrieges in einer Reihe von Staaten der Achtstundentag seine mehr oder minder prägnante gesetzliche Fixierung erfuhr, so handelt es sich weniger um Ergebnisse politischer Umwälzungen oder um Magnahmen, die aus Verlangen vor solchen erfolgten, sondern vielmehr um die gesetzliche Anerkennung bereits vorausgegangener gewerkschaftlicher Errungenschaften. Umgekehrt zeigt — als Beweis für die Wichtigkeit des Vorstehenden — die seit 1922 einsetzende Schwächung der Position der Arbeiterklasse, daß mit den Schäden aus der Verschlechterung der Währung, aus Unzufriedenheiten, aus der Uneinigkeit der Arbeiterschaft usw. auch das Sinken der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit untrennbar verbunden sind. Auch die besten Gesetze sind auf die Dauer unwirksam, wenn die Macht der Arbeiter nicht ausreicht, ihre strikte Durchführung zu überwachen. Es bedeutet daher keine negierende Kritik an internationalen Uebereinkommen und Einrichtungen, wenn man behauptet, daß

trotz des Vorhandenseins beider der Stand des Achtstundentages bis zu einem gewissen Grade der Wertmesser für den Stand der Gewerkschaftsbewegung ist. Gibt man das zu, so kann man nicht leugnen, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren Terrain verloren hat, daß sie zurückgewinnen muß. Den kulturellen Wert des Achtstundentages erneut zu beweisen, wäre mehr als überflüssig, auch schon deshalb, weil inzwischen die Erkenntnis seines wirtschaftlichen Wertes auch in den Kreisen der Wissenschaftler und Unternehmer zunimmt. Daran folgt nun — nicht, daß letztere überall freiwillig eine Arbeitszeitverkürzung annehmen werden.

Was auf sozialem Gebiete erreicht wurde, ist Ergebnis opfervoller Kämpfe, ist die Frucht zähen gewerkschaftlichen Ringens. Je stärker wir in den Gewerkschaften werden an Zahl der Mitglieder, an baren Mitteln, an Wirkung und Wirkung des kämpferischen, je vertrauensvoller und inniger unsere internationalen Bindungen werden, je mehr eine Berufsgruppe die andere, eine Landeszentrale die übrigen stützen kann, desto schnellere und nachhaltigere Erfolge werden wir erzielen.

Die Wiederkehr des Tages, an dem vor 25 Jahren unsere Gewerkschafts-Internationale gegründet wurde, die Erfahrungen in dieser Zeit, besonders in den letzten Jahren, sollten uns alle bewegen, unsere ganze Kraft für die Stärkung unserer Gewerkschaften, für die Gewinnung der uns noch fernstehenden, für den nationalen und internationalen Zusammenschluß einzusetzen — unter dem Zeichen des Achtstundentages für die Arbeiter der ganzen Welt!

Hat es wirklich keinen Zweck?

Es hat keinen Zweck.
Diese Worte werden vielfach von Kollegen angewandt, die aufgefordert werden, sich der Organisation anzuschließen. Die einen begründen diese Auffassung damit, daß die Gewerkschaften zu nachgiebig seien, daß sie nicht genug für ihre Mitglieder tun und deshalb auch die Mitgliedschaft bei der Organisation keinen Zweck hätte. Die anderen sind vollständig der Apathie verfallen. Sie befürchten, wenn sie dem Verband angehören, daß ihr Name bei irgendeiner Gelegenheit genannt wird, sie dadurch beim Unternehmer an den Fingern zählten und dieser vielleicht nicht mehr so bereitwillig bei passender Gelegenheit einen Liter Bier zum besten gibt, als sonst. Ist man im Verband, kann man auch in die Verlegenheit kommen, eine Funktion übernehmen zu müssen; das ist dann im Hinblick auf das gute Einvernehmen mit dem Unternehmer unangenehm. Das ganze ja schließlich noch, wenn nur die verhandelten Beiträge nicht wären. Schließlich kommt der Vorstand ganz und gar auf den Gedanken, noch Extrabeträge auszusprechen. Das geht dann doch über die Tuscheln. Viel besser ist es, wenn jeder die Beiträge selbst zurücklegt, wenn man es auch immer von Woche zu Woche verschoben würde, so hätte man doch am Ende des Jahres — nichts.

Doch man hat etwas. Nach einem viertel bis einem halben Jahre hat man die Erkenntnis gewonnen, daß man trotz größter Anspannung der Arbeitskraft und einer immer länger werdenden Arbeitszeit sich in bezug auf den Lohn absolut nicht besser, ja sogar noch schlechter stellt als vorher. Man hat eben außer acht gelassen, den Stückpreis einer genauen Prüfung zu unterziehen. „Es hat ja doch keinen Zweck“, sagt man, und hat sich damit eine Entschuldigung für die Gleichgültigkeit zurecht gemacht. Diese Gleichgültigkeit hat zur Folge, daß der Ueberblick über den Aufbau und die Gestaltung des Stückpreises verloren geht. Den wenigen Kollegen, welche die Folgen der Gleichgültigkeit erkennen, fehlt es an Mitarbeitern, und allein sind sie meistens nicht in der Lage, die Schwierigkeiten zu bewältigen. Auch diese werden nutzlos. Diese Umstände bleiben dem Unternehmer nicht verborgen und er nützt die Lage weislich aus, bis der Druck zu stark wird und man sich wieder einmal auf die Organisation befinnt. Inzwischen ist aber kostbare Zeit verloren, die fast nicht mehr eingeholt werden kann. Viele bittere Lehren hätten der Kollegenchaft erspart bleiben können, wenn sie in ihrer Gesamtheit begriffen hätten, daß Selbstvertrauen und Einfügen in die selbstgegebene Ordnung mit zu den Vorbedingungen gewerkschaftlicher Erfolge gehören.

Aber auch die Auffassung, daß der Verband nichts getan hat oder nichts tut, kann nicht als richtig angesehen werden; denn wenn von 39 Verbänden die Borzelliner in bezug auf Einnahmen an 35. Stelle stehen, hinsichtlich der Ausgaben für Streiks aber an vierter Stelle, dann dürfte der Beweis erbracht sein, daß die Lage der Borzelliner wohl sehr verbesserungsbedürftig ist, daß aber auch der Verband das möglichste getan hat, um diese Verbesserung zu erreichen. Wenn das nicht in vollem Maße gelungen ist, dann ist das in vorstehend angeführten Gründen zu suchen. Es geht nicht vorwärts, wenn einer nach dieser und einer nach jener Richtung zieht, sondern wenn alle nur nach einer Richtung ziehen. Das Vertrauen unter den Kollegen selbst muß fest sein lassen. Dadurch wird die Stellung des Betriebsrates gestützt und damit eine Position gesichert, die der Kollegenchaft wertvolle Dienste leisten kann. Die Forderung des Tages den Mitgliedern gegenüber ist, mehr Selbstvertrauen und Disziplin gegenüber den Satzungen des Verbandes, regsame Mitarbeit im Betriebsrat und in der Organisation. Den Außenstehenden gegenüber kann die Forderung nur lauten:

„Gemein in die Organisation, und dadurch die Kraft und den Willen des Verbandes gestärkt. Wer draußen steht, hat trotz der schönsten Worte keine Kampfkraft. Er wird nur durch den Zusammenschluß in der Organisation zur Kraft, und dadurch stärkt er die Kraft der gesamten Organisation.“

L. Ellmer, Gräfenthal.

Gehelei.

Vom Zentralverband der Angestellten, Sitz Berlin, wird uns geschrieben:

Einem Bericht über den 20. Verbandstag des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes (DNH) in München entnehmen wir folgende Kuriosität:
„Der Verbandsvorsteher Bechly kennzeichnete die politische Stellung des DNH dahin, daß der Verband parteipolitisch neutral bleibe, daß er aber von Fall zu Fall im Dienste seiner Ziele seinen politischen Einfluß in die Waagschale werfen müsse. Der Verband sei demokratisch, aber nicht parteidemokratisch, deutschnational, aber nicht parteideutschnational, völkisch, aber nicht parteivölkisch, nicht monarchistisch, aber auch nicht republikanisch, nicht schwarz-weiß-rot, aber auch nicht schwarz-rot-gelb. Der Verband sei als etwas Eigenes entstanden, aus deutschem Blut für sich erzeugt.“

Wir sind schon der Meinung, daß die Angestellten mit dieser Musterkollektion nicht allzuviel werden anfangen können. Genau betrachtet dienen die Ausführungen ja nur dem Zweck, Herrn Bechly in seiner einseitig parteipolitisch-deutschnationalen Haltung gegen die Republik zu decken. Mehr als einmal hat dieser Verbandsvorsteher eine Haltung in politischen Fragen eingenommen, die vielen Mitgliedern dieses Verbandes widersprach. Erinnert sei nur an die Reichspräsidentenwahl, als Herr Bechly offen für den Kandidaten seiner parteipolitisch-deutschnationalen Auffassung eintrat und nicht einmal vor einer Rationalisierung der katholischen Mitglieder des Verbandes zurückschreckte. Und es ist noch nicht allzu lange her, als aus demselben Munde in einer Mitgliederversammlung der DNH Ortsgruppe Ludwigshafen folgende Worte gegen Republik und Verfassung fielen:

„Die Republik, wie sie jetzt bei uns besteht, ist für den Arbeitnehmer und jede intellektuelle Mittelstandsschicht eine der verderblichsten Staatsformen.“
In diesen Worten kommt die ganze Feindseligkeit gegen den neuen Staat, der trotz aller Bedrohung sich langsam durchsetzt,

zum Ausbruch. Weil dieser Staat gegen den Willen der ehemals herrschenden Schichten aufstand, weil dieser Staat das einigte war, was dem arbeitenden Deutschland nach Krieg und Zusammenbruch blieb, müssen heute die Angestellten zu ihm stehen. Die Angestellten in Laden und Kontor können auf diesem Wege kämpfen für die soziale Durchdringung und Ausgestaltung der Republik. Die Ausführungen Weichs über die Republik kennzeichnen den Zustand der Hilflosigkeit, die der DAV als den Problemen gegenüber an den Tag legt, die das Denken und Fühlen des schaffenden Menschen heute beherrschen. Weichs wird Unklarheit gelassen, weil Furcht vor dem Nachdenken der Mitglieder besteht. Der Zentralverband der Angestellten zeigt in all diesen Fragen durch seine entschiedene und aufrechte Haltung den unzufriedenen Mitgliedern des DAV den richtigen Weg.

Gewerkschaftliches.

Vierte Bundesversammlung in Düsseldorf.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird am 9. und 10. Juli in Düsseldorf zu seiner vierten Sitzung zusammentreten. Die Sitzung ist nach Düsseldorf einberufen worden, um den Verbandsvorständen Gelegenheit zu geben, unter sachkundiger Führung die „Gesetze“ zu besprechen, an der bekanntlich auch die Gewerkschaften beteiligt sind. Als Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung vorgesehen. Außerdem wird eine Aussprache über die Förderung des Arbeiterstudiums stattfinden, die insbesondere der Mitarbeit der Gewerkschaften an der vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Arbeiterstudium“ gelten wird. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Spruy, wird an dieser Versammlung teilnehmen. Der Leiter des Instituts für Arbeitsphysiologie in Berlin, Prof. Dr. Hpler, wird in einem Vortrag über „Wege und Ziele der Arbeitsphysiologie“ die Bestrebungen dieses Instituts erläutern.

Für Sonntag, den 11. Juli, ist eine große Jugendknechtung geplant, in der eine Reihe von Verbandsvorsitzenden sprechen werden.

Am Montag, den 12. Juli, wird anschließend eine Konferenz von Vertretern der Zentralverbände, der Bezirke und der größeren Ortsvereine abgehalten werden, die sich mit Maßnahmen zugunsten der erwerbslosen Jugendlichen beschäftigen wird. Vor allem sollen die Düsseldorfer Einrichtungen für die erwerbslose Jugend, die Schulwerkstätten und Schulgärten besichtigt werden.

Vericht der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände über die Jahre 1923, 1924 und 1925. Der Bericht zeigt die großen Schwierigkeiten, die die internationalen Berufssekretariate zu überwinden haben, um zu einem wirklich fruchtbareren Arbeiten zu kommen. Die Fabrikarbeiter-Internationalen hatte, wie auch die anderen Sekretariate, darunter zu leiden, daß die deutsche Organisation infolge des Verfalles der Währung lange Zeit zahlungsunfähig war. Darüber hinaus war es ihr aber auch nicht möglich, die englischen Organisationen zu sich heranzuziehen, da diesen der Beitrag zu hoch erschien. Die Kargheit der Mittel verhinderte die wünschenswerte Ausdehnung der Tätigkeit. Indessen konnte man doch dazu übergehen, das Mitteilungsblatt, das früher nur alle Monate erschien, wöchentlich herauszugeben. Auf eine weitere Ausdehnung der Tätigkeit wird energisch hingewirkt.

Bestimmungen, betreffend internationale Disaktionen bei gewerkschaftlichen Kämpfen. Die Internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Budapest und Zürich haben betreffend Vornahme internationaler Disaktionen nachstehende Bestimmungen aufgestellt, die heute noch in Kraft sind.

1. Handelt es sich um eine größere Bewegung eines einzelnen Berufes, so ist das betr. Internationale Berufssekretariat die zuständige Stelle, um die ihm angeschlossenen Organisationen zur Unterstützung aufzufordern. Ein Recht, über diesen Kreis hinaus Sammlungen vorzunehmen, steht den Internationalen Berufssekretariaten nicht zu.

2. Sind die eigenen Berufsgenossen nicht imstande, eine Bewegung allein zu unterstützen, und wünschen sie eine Unterstützung der gesamten internationalen Arbeiterchaft, so ist ein darauf bezüglicher Antrag von der Landeszentrale des in Betracht kommenden Landes beim Vorstand des IGB zu stellen.

3. Im allgemeinen sollen internationale Unterstützungsaktionen nur dann eingeleitet werden, wenn gleichzeitig mehrere Berufs- oder Industrieverbände in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind. Nur in Ausnahmefällen soll auch dann eingegriffen werden, wenn nur ein einzelner Beruf in Frage kommt.

Auf den englischen Bergarbeiterstreik übertragen bedeutet dieses, daß die Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter die Aufgabe des Internationalen Sekretariats der Bergarbeiter ist, wobei es sich in den im § 1 gezogenen Grenzen zu halten hat. Soll darüber hinaus eine allgemeine internationale Aktion unternommen werden, so muß dieses von der englischen Landeszentrale beim Internationalen Gewerkschaftsbund beantragt werden. Falls ein solcher Antrag beim IGB einläuft, hat dieser die Pflicht, die Unterstützungsaktion einzuleiten und wird selbstverständlich dieser Pflicht gerne nachkommen.

Die Unterstützungsaktion, die für den englischen Generalstreik eingeleitet wurde, war mit dessen Abschluß zu Ende. Ueber das Ergebnis dieser Aktion wird wie üblich nach Eingang der letzten Beträge öffentlich Rechnung gelegt werden, wobei sich herausstellen wird, daß alle Länder, die dazu irgend imstande waren, ihre Solidaritätspflicht in glänzender Weise erfüllt haben.

Von der Keramikindustrie.

Vereinigte Staaten. Nach den amtlichen Veröffentlichungen führten die Amerikaner an keramischen Erzeugnissen ein: aus der Tschechoslowakei für 6667 Dollar, aus Frankreich für 5334 Dollar, aus Deutschland für 23462 Dollar, aus Großbritannien für 7505 Dollar, aus Japan für 397459 Dollar und aus anderen Ländern für 28393 Dollar. Die Prozentverhältnisziffern vom März 1926 zum März 1925 verhalten sich, der gleichen Reihenfolge nach wie 7,8 : 10, 6,2 : 10,1, 27,3 : 40,2, 0,1 : 1, 46,3 : 28,5 und 3,3 : 2,4.

Tschechoslowakei. Nach Aufstellungen von Dr. Hlig-Weichs betrug die deutsche Ueberlegenheit über die tschechoslowakische Porzellanausfuhr auf dem amerikanischen Markt im Jahre 1913 das 6,7fache, 1922 das 2,3fache, 1923 das 4,3fache, 1924 das 4,4fache, 1925 im 1. Vierteljahr das 4,2fache, im 2. Vierteljahr das 5,5fache, im 3. Vierteljahr das 4,3fache, im 4. Vierteljahr das 3,3fache und im 1. Vierteljahr 1926 das 4,4fache der Menge nach. Beim Abschluß auf dem asiatischen Markt erreichte der gleiche in derselben Reihenfolge das 3,3-, 3,5-, 2,4-, 1,7-, 1,7-, 1,9- und 2,2fache. Die Schwannlinien liegen also zum größten Teil über dem Durchschnitt.

Das Amtsgericht Greiz hat am 28. Juni d. J. über die Porzellansabrik Alt-Gej. Frauenth den Konkurs eröffnet. Unter den Leidtragenden befinden sich auch Arbeiter, die noch rückständige Löhne zu fordern haben.

In Spandau starb der Besitzer der Berliner Porzellan- und Chamottefabrik Alfred Bruno Schwarz. Schwarz war auch Besitzer der Firma W. Halbenwanger Samtats-Porzellanmanufaktur Spandau.

Aus unserem Beruf.

America. Am 27. Juni d. J. feierte die hiesige Zahlstelle der Porzellanarbeiter ihr 50jähriges Stiftungsfest im Verein mit dem Gewerkschaftsrat und der Konsum-Gesellschaft „Volkstraum“. Dieses Fest war ein Volksfest im vollen Sinne des Wortes und wird noch recht lange allen Fest-

teilnehmern in Erinnerung bleiben. Von nah und fern hatten Porzellanarbeiter-Zahlstellen Deputationen nach hier entsandt; die Kollegen von Zimenau und Umgebung waren auch recht zahlreich erschienen. Kurz nach 2 Uhr setzte sich der recht interessante Festzug in Bewegung, in dem unsere alten Veteranen im Kraftwagen mitgeführt wurden. Ferner befand sich im Festzug ein reich mit Blumen geschmückter Kraftwagen, auf dem die Erzeugnisse der Zimenauer Porzellan-Industrie sinnreich zusammengestellt waren. Unter den ausgestellten Sachen gaben recht viele Stühle Zeugnis von dem Können der Zimenauer Porzellanarbeiterschaft. Der Festzug am „Nobelhäuschen“ ein wunderschön zwischen Fichten und Tannenwald gelegener Grasplatz, eignete sich wunderbar zu solch einer Veranstaltung. Nachdem der Zimenauer Volksthor ein Begrüßungsgedicht vorgetragen, hielt der Gaukler, Kollege Hoffmann, Zimenau, eine Ansprache, in der er ausführte, daß die Porzellanarbeiter hier am Ort die Pioniere der Gewerkschaft seien. Wenn auch die Gründung der Zahlstelle nicht mit der heutigen Gewerkschaftsidee gleichzusetzen sei, so sei aber den Gründern doch schon der Gedanke des Zusammenschlusses maßgebend gewesen, und hätten diesen Gedanken die Porzellanarbeiter in die Reihen der Zimenauer Arbeiter hineingetragen. Trotzdem früher viele nicht organisiert waren, und trotz aller Anfeindungen, hat sich die Gewerkschaftsbewegung durchgesetzt. Die Ziele der Gewerkschaften sind heute andere wie zur Zeit der Gründung der Zahlstelle. Während die Anfänge der Bewegung meistens nur Unterstützungsvereinigungen vorstellten, ist heute das Ziel der Gewerkschaften die Eringung hoher Löhne und besserer Arbeitsbedingungen. Hohe Löhne und Preise herunter, sollte heute die Losung sein. In Amerika hat sich dieser Gedanke schon lange durchgesetzt, während in Deutschland das Ziel noch nicht erreicht ist. Daß das noch nicht geschehen ist, liegt an der Arbeiterchaft selber, die noch nicht verstanden hat, sich einmütig und geschlossen dem Unternehmer gegenüberzustellen, sich nicht einig ist in der Erreichung ihrer Ziele. Die Wirtschaftspragen sind heute an erster Stelle, während die Parteipragen an zweiter Stelle folgen müssen. Von Sozialisierung wird heute viel geredet, während die Konsum-Gesellschaften jetzt schon praktische Sozialisierung treiben; sie sozialisieren den Absatz und die Eigenproduktion, deshalb hören wir, wie heute, die Gewerkschaft und die Konsum-Gesellschaften zusammen. Kollege Hoffmann endete seine Ausführungen mit einem Hoch auf die Gewerkschaft, die Porzellanarbeiter und die Porzellanarbeiter. Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Nachdem überreichten die Porzellanarbeiterinnen der Zahlstelle ein gestiftetes Fahnenband. Die Kollegen Höpner sprach treffende Worte über die Bedeutung des Tages und brachte ein Hoch den alten Veteranen, in das alle Festteilnehmer freudig einstimmten. Nachdem sprach unser langjähriger Verbands-Vorsitzender, Kollege Wollmann, der im Auftrag des Verbandes erschienen war. Er übermittelte die besten Grüße und Glückwünsche des Porzellanarbeiterverbandes. In wunderbarer Weise verstand er es, das Wirken der Natur mit dem Wirken der Gewerkschaften zu vergleichen und zu verbinden. Er führte unter anderem aus: In der Schönheit der Natur begehen wir ein großes Fest. Die Natur ist der unerschöpfliche Quell des Lichts, der Kraft und der Wärme; sie sorgt für die ganze Menschheit. Wenn man auch die Sonne nicht sieht, so scheint sie doch. Ebenso ist es mit den Gewerkschaften, sie zünden wie eine Sonne, sie wehen und schaffen, wenn man auch ihre Tätigkeit nicht sieht. Ohne Licht, ohne Sonne geht jedes Lebewesen zugrunde, ohne Gewerkschaft sinkt die Arbeiterchaft immer tiefer ins Elend. Deshalb muß die Gewerkschaft immer mächtiger werden, und gehört dazu der innige Zusammenschluß aller Erwerbstätigen in der Gewerkschaft. Nur so kann Kulturarbeit geleistet werden. Redner weist auf unseren Zusammenschluß mit dem Glas- und Fabrikarbeiterverband hin und betont, daß wir den Zusammenschluß aller Arbeiter nötig haben. Mit den Worten: „Eine in die Gewerkschaft, wir brauchen euch, ihr braucht uns.“ Die Jubilar waren Vorkämpfer, ihnen sind wir es schuldig, Arbeiter, organisiert euch!“ schloß er seinen Vortrag. Die Ansprache des Koll. Wollmann wurde mit nicht endemwollendem Beifall aufgenommen. Nachdem der Arbeiter-Musikverein seine Weisen zum Vortrag gebracht, die Arbeiterfänger noch einige Lieder gesungen hatten und ein jeder Festteilnehmer seine leiblichen Bedürfnisse befriedigt hatte, wurde der Rückmarsch angetreten, an den sich noch ein gemächliches Zusammensein anschloß. Es darf wohl gesagt werden, daß das Fest als gelungen zu bezeichnen ist, und sei allen, die zum Gelingen beitrugen, nochmals Dank gesagt. Zum Schluß möchten wir noch in den Ruf des Koll. Wollmann einstimmen: „Alle hinein in die Gewerkschaft!“ Kollegen und Kolleginnen, beherzigt den Wahrspruch, organisiert euch, kämpft Seite an Seite mit euren organisierten Kollegen und seid eingedenk, daß wir vereint alles, vereinzelt aber nichts bedeuten. Darum schließt euch der Gewerkschaft an. Karl Robst.

Frankreich. Nach uns zugegangenen Nachrichten sind in Limoges die Porzellanarbeiter wegen Lohnbifferenzen ausgeperrt worden. Unsere Arbeitsbrüder in Frankreich durchleben jetzt, genau wie die deutschen Arbeiter vor einigen Jahren, eine Inflation. Wenn sie nun die Selbstwertung durch mehr Lohn ausgleichen wollen, wird sich die Fabrikantenclique sträuben und den Arbeitern zumuten, die Verluste allein zu tragen. Wir nehmen an, daß es wohl keinen deutschen Porzellanarbeiter geben wird, der sich jetzt nach Frankreich sehnt. Einem jeden von uns steckt die Erinnerung an unsere Inflation noch in den Gliedern.

Literarisches.

„Glück und Tragik der Vererbung“, von Ernst Mühlabach. 96 Seiten mit 31 Abbildungen. 3. Buchbeilage des II. Jahrgangs der „Urania“-Monatshefte. Urania-Verlags-G. m. b. H. Jena. — Der Schriftleiter der „Urania“ stellt in diesem hochzeitlichen Gedicht ausgearbeiteten Büchlein die Vererbung als das Beharrende im Entwicklungsprozess des organischen Lebens dar. Naturgemäß machte er sich im Rahmen einer weiten Kreisen zugänglichen Schilderung auf die wichtigsten grundlegenden Tatsachen des umfangreichen Stoffgebietes beschränken;

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/28)

Emil Böhm, Eisenberg i. Thür.

Goldscheideanstalt / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art (4/28)

Tüchtiger Maler, 34 Jahre alt, an handeres Arbeiten gewöhnt, in allen vorkommenden Arbeiten für bessere Gebrauchsgegenstände firm, sucht Stellung als solcher oder als Leiter einer Malerei im In- oder Ausland. Angebote unter „A. 83“ an „Die Ameise“ erbeten.

er gibt also ein „Ein-mal-Eins der Vererbungslehre“ in er zuerst eine Darstellung der Mendelschen Regeln in 1 verständlicher Weise darstellt, dann die Träger der Erban und im Kapitel „Variationen — Mutationen“ die Bedeutung der Veränderung für die Entwicklung anschaulich schildert schließlich die Vererbung von Eigenschaften körperlicher äußerlicher Art in zahlreichen Beispielen bei Menschen behandelt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit zeigt er aber auch, wie die biologischen Tatsachen mit den sozialen Verhältnissen des Betracht kommenden Menschen verknüpft sind. Für Wissenschaftler der einzelne, auch vom Standpunkt der Vererbungslehre Träger sozialer Funktionen. Und die Vererbungslehre wird eine Hilfswissenschaft, die uns zeigt, wie wir Menschen und Umwelt in manchen Einzelheiten verändern können, um mit größerer Aussicht auf Erfolg aus der Tragik des kapitalistischen Zeitalters zu befreien und dem Glück des Sozialismus entgegenzuführen.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung Sonntag, den 15. Juli, 7 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Charlottenburg, Wegelstraße, am Wald-Tiergarten. Vortrag des Genossen Müldert, erster Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin.
Branchenversammlung der Schilbermalerei Dienstag, 13. Juli, 7 Uhr, bei Wollschläger, Alalbertstr. 21.

Aufruf!

Unser alter Kollege Karl Lippe ist schon seit langer Zeit krank und erwerbsunfähig; aus allen Kassen ausgesteuert steht er mit seiner Frau mittellos da. Beide sind schon Kinder, die sie evtl. unterstützen könnten, haben sie nicht. Zahlstelle Waldsassen hat schon getan, was in ihren Kräften stand, aber unsere Mittel sind erschöpft. Wir richten daher die Zahlstellen im Reich die ergebene Bitte, unseren alten Kollegen Lippe, der seit 27 Jahren Verbandsmitglied ist stets in vorderster Linie gestanden hat, durch ein Scherz zu unterstützen. Die Geldsummen wolle man richten Georg Bauer, 1. Vorl. u. Kassierer, Waldsassen Bayern (Oberpfalz), Zimmerader 8.

Quittungen.

Für unseren kranken Kollegen Heinrich Drehsel Aufruf der „Ameise“ Nr. 22 sind nachstehende Spenden eingegangen: Teltow, Araberg, Schlierbach, Köhneck je 5, Marktrebich 4,—; Kloster Weilsdorf, Colbitz, Nauenstein, Magdeburg, Hermisdorf, Tiefenfurt, Margarethenhütte, Annaburg, Waldenburg, Frankfurt, Berlin je 3,—; Köhlsau, Grünitz, Meuselwitz, Tettau je 2,— Mk. Insgesamt 65 Mk. Im Namen des Kollegen Drehsel dankt die Zahlstelle Wiefau allen wohlwolligen Zahlstellen.
Zahlstelle Wiefau (Oberpfalz). Christoph Niebl, Kass.

Nachträglich sandten noch für unseren kranken Kollegen Th. Mev, laut „Ameise“ Nr. 19, folgende Beträge: Plauen u. Grünstadt je 2,— Mk. Bereits quittiert 60,— Mk. Summa 64,— Mk. Auch diesen Gebern herzlichen Dank. Die Sammlung ist geschlossen.
S. A.: Kaehler, Kassierer.

Für den kranken Kollegen Fritz Schener gingen folgende Gelder ein: Araberg, Schlierbach, Teltow, Vordamm, Unnaun je 5,—; Marktrebich 4,—; Annaburg, Colbitz, Frankfurt, Hennigsdorf, Hermisdorf, Kl. Weilsdorf, Magdeburg, Nach, Schönwald, Tiefenfurt, Waldenburg je 3,—; Grünitz, Kirchenlamitz, Köhlsau, Nauenstein, Köhlsau, Tettau je 2,— Mk. Summa 69,— Mk. Im Namen des Kollegen Schener bek. Dank. Die Sammlung ist geschlossen.
S. A.: Paul Bengsch, Kassierer, Vordamm.

Für unsere kranken Kollegen Ferdinand Mischenbein und Gustav Henlein gingen folgende Beträge ein: Araberg 10,—; Annaburg, Colbitz, Hennigsdorf, Magdeburg, Koblenz, Steilberg, Teltow, Tiefenfurt, Waldenburg je 6,—; Nauenstein, Schlierbach, Schönwald je 5,—; Grünstadt, Meuselwitz, Marktrebich, Tettau je 4,—; Kirchenlamitz, Berka-Sonderhausen je 3,— Mk. Summa 101,— Mk. Im Namen der Zahlstelle Kloster Weilsdorf, sowie der erkrankten Kollegen allen Gebern herzlichen Dank.
Zahlstelle Kloster Weilsdorf. Hugo Meinunger, Kassierer.

† Sterbetafel †

Annaburg. Anna Strauch, Porz.-Arb., geb. 10. 1. 1892, gest. an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1921.
Waldsassen. Karl Schruppf, Sortierer, geb. 27. 1905, gest. an Herzklammer. Organisiert seit 1925.
Bonn. Wilhelm Süßberg, geb. 26. 10. 1871, gest. an ? Organisiert seit 1919.
Zimenau. Otto Frankenberg, Dreher, geb. 18. 1. 1878, gest. an Asthma. Organisiert seit 1919.
Kobach. Cornelius Wölfert, Zimmermann, geb. 13. 10. 1873, gest. an Herzklammer. Organisiert seit 1922.
Schönwald. Adam Emmert, Brenner, geb. 10. 1. 1868, gest. an Lungenleiden. Organisiert seit 1919.
Tettau. Johannes Kaufmann, Kapselbrecher, geb. 7. 10. 1863, gest. an ? Organisiert seit 1919.
Waldenburg und Umgegend. Karl Schmidt, Formen-träger, geb. 21. 9. 1873, gest. an Blutvergiftung. Organisiert seit 1920.
Ehre ihrem Andenken!

Steingut-Formen

für harte Gegenstände (Platten), taubere Arbeiter, sowie

Herographenprüfer

gut eingearbeitet, ledige Leute, für sofort bei guten Lohnsätzen gesucht.

Steingutfabrik

Adolf Hopf & Co.
Tambach b. Götting.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der
Volkfürsorge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Wir suchen für sofort einen tüchtigen, schaffensfreudigen, b. hauptsächlich in Fein- und Goldarbeit eingearbeitet, ist aber auch in allen übrigen Arbeiten, in Leichten u. mittelschweren, best. bewand. sein muß. Gehr. Krüger, Wilmshöhe (Bezirk Potsdam) Porzellangrubenbau und Porzellanmanufaktur.

Perfektler
Zondprüfer
der die gesamte einschlägige Technik beherrscht, findet Beschäftigung bei
Porzellanfabrik
Josef Riebet & Co., Alf. G. Müllertal (Bayern).

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Edwin Krenninger, Charlottenburg I, Brabelftr. 2-5. — Verlags-Wilh. Herden, Charlottenburg I, Brabelftr. 2-5. — Druck: E. Sanisawski, Berlin S.O., Elisabethufer 28/29.